

**Rückmeldung  
zur Sondierung der EU-Kommission zur**

**Bioökonomiestrategie 2025 (Auf dem Weg zu  
einer kreislauforientierten, regenerativen  
und wettbewerbsfähigen Bioökonomie)**

Wien, 05. Juni 2025

**Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft**

*Unser Ziel ist es, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in hoher Qualität für alle zugänglich und leistbar zu machen. Der VÖWVG fördert dazu den Wissensaustausch und die Vernetzung von Unternehmen und Organisationen der Daseinsvorsorge mit Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere in den Bereichen Energiewirtschaft, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Wohnen, Sozialdienstleistungen und Gesundheitswesen sowie Bildung. Neben der Organisation von Informations- und Netzwerkveranstaltungen bereiten wir für unsere Mitglieder insbesondere auch Gesetzesinitiativen auf nationaler und EU-Ebene auf, um sie in der Erbringung ihrer essenziellen Dienstleistungen bestmöglich zu unterstützen.*

Rechtsform: Verein

Sitz: Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT): 338965482

Zuständigkeit: LPD Wien, Abteilung für Vereins- Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer: 643879152710-58

## Einleitende Anmerkungen

Die geplante EU-Bioökonomiestrategie 2025 verfolgt das Ziel, den Übergang zu einer kreislaforientierten, ressourceneffizienten und innovationsgetriebenen Wirtschaft zu beschleunigen. In der heutigen Zeit – die durch Herausforderungen wie die Klimakrise, Artensterben und Biodiversitätsverlust geprägt ist – ist der Aufbau einer nachhaltigen Bioökonomie ein wichtiger Baustein zur Stärkung der europäischen Resilienz. Gleichzeitig gilt es, ökologische Belastungsgrenzen zu achten, soziale Gerechtigkeit zu wahren und regionale Strukturen aktiv einzubinden.

Aus Sicht der kommunalen und öffentlichen Wirtschaft sowie der Daseinsvorsorge begrüßen wir grundsätzlich das Bestreben danach, biobasierte Produktionsweisen zu fördern und fossile Rohstoffe zu ersetzen. Zugleich sehen wir in der erneuerten strategischen Ausrichtung Zielkonflikte und Risiken für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung, die Kreislaufwirtschaft und generell für die öffentliche Infrastruktur.

Die Stellungnahme benennt konkrete Herausforderungen und formuliert Anregungen, wie die EU-Bioökonomiestrategie so weiterentwickelt werden könnte, dass neben ökonomischen Zielen auch ökologische und soziale Aspekte stärker berücksichtigt werden – auch in Einklang mit den Grundsätzen der Daseinsvorsorge.

## VÖWG-Positionen im Überblick

- **Wachsende Belastung durch wasserintensive Produktionsprozesse**
- **Ressourcenkonkurrenz zwischen Industrie, öffentlicher Wasserversorgung und Ökosystemen**
- **Mehr Abwässer durch biobasierte Produktionsprozesse**
- **Unklare Priorisierung der ökologischen Wasserqualität in der neuen Strategie**
- **Verdrängung regionaler und gemeinwohlorientierter Stoffnutzungen durch industrielle Kaskadennutzung**
- **Weniger kommunale Kontrolle über Stoff- und Wasserkreisläufe gefolgt von einer Verdrängung kleinerer, lokaler Kreislaufmodelle durch hochskalierbare industrielle Lösungen**
- **Rohstoffkonkurrenz zwischen stofflicher und energetischer Nutzung von Biomasse**
- **Gefährdung regionaler Energieversorgung durch globalen Biomassehandel**
- **Ungleichgewicht bei Förderungen zwischen industriellen und kommunalen Akteuren und Verlust der Planungssicherheit kommunaler Projekte**
- **Ungleichgewicht bei Zugang zu Ressourcen und Fördermitteln**

## Allgemeine Position

Die geplante EU-Bioökonomiestrategie bietet die Chance, Europas wirtschaftliche Resilienz und Innovationskraft im Einklang mit Klima- und Umweltzielen zu stärken. Gerade in Zeiten multipler globaler Herausforderungen ist ein gemeinsamer europäischer Rahmen für eine zukunftsfähige, kreislaforientierte Bioökonomie von hoher strategischer Bedeutung.

Aus Sicht der öffentlichen Wirtschaft sowie der Daseinsvorsorge wird die Neuausrichtung der Strategie ausdrücklich begrüßt. Sie eröffnet wichtige Impulse für nachhaltiges Wirtschaften, technologische Innovation und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten. Damit die Umsetzung jedoch gleichermaßen ökologisch tragfähig, wirtschaftlich effektiv und sozial ausgewogen gelingt, erscheint aus unserer Sicht entscheidend, vielfältige nationale und regionale Gegebenheiten angemessen zu berücksichtigen.

Bereits die bisherige Strategie hat gezeigt, wie unterschiedlich die bioökonomischen Potenziale und Ausrichtungen in den Mitgliedstaaten sind – etwa mit dem Fokus auf die Kreislaufwirtschaft in Österreich oder der Forstwirtschaft in Finnland. Es wäre wünschenswert, dass die künftige Strategie diesen differenzierten Ansätzen weiterhin Raum gibt und die Mitgliedstaaten bei der Auswahl geeigneter Maßnahmen und Schwerpunkte unterstützt.

Besonders hilfreich wäre es auch, wenn die neue Strategie klare Orientierung zu übergeordneten Prinzipien bietet, etwa zur kaskadischen Nutzung von Biomasse oder zur effizienten Verknüpfung stofflicher und energetischer Nutzung. Aber gleichzeitig soll ausreichend Flexibilität für nationale Umsetzungspfade bleiben.

Darüber hinaus sollte die Bioökonomie so ausgestaltet sein, dass sie mit den Anforderungen eines funktionierenden europäischen Binnenmarkts im Einklang steht. Ziel muss sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein reibungsloses Zusammenspiel ermöglichen und gleichzeitig Raum für Innovation und Vielfalt lassen. In diesem Zusammenhang übernimmt auch eine erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) eine bedeutende Rolle: Sie kann – richtig ausgestaltet – einen wichtigen Anreiz für nachhaltiges Produktdesign und hochwertiges Recycling schaffen. Eine stärkere Integration von EPR-Grundsätzen in die Bioökonomiestrategie würde nicht nur die Zielsetzung der Kreislaufwirtschaftsagenda unterstützen, sondern auch das Zusammenspiel von Marktmechanismen und ökologischer Verantwortung auf eine breitere Grundlage stellen.

Als Vertretende der Daseinsvorsorge möchten wir die Gelegenheit nutzen, praxisnahe Perspektiven aus dem kommunalen Bereich einzubringen und die Strategie in ihrer Umsetzung zu unterstützen. Die öffentliche Hand spielt eine zentrale Rolle bei der ökologischen Transformation. Die neue Bioökonomiestrategie kann einen wesentlichen Betrag leisten, diese Transformation gemeinwohlorientiert und zukunftsfähig zu gestalten.

## VÖWG-Positionen nach Sektoren

Die Stellungnahme ist thematisch in die Bereiche Wasserpolitik, Kreislaufwirtschaft, Energiepolitik und Auswirkungen auf Förderprogramme gegliedert, um die sektoralen Herausforderungen und Lösungsvorschläge sinnvoll abzubilden.

### Wasserpolitik

Im Rahmen der neuen EU-Bioökonomiestrategie eröffnen sich vielfältige Chancen zur nachhaltigen Transformation von Wirtschaft und Ressourcennutzung. Aus Sicht der Daseinsvorsorge im Bereich der Wasserversorgung ist es wichtig, mögliche Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen und verantwortungsvoll zu adressieren. Insbesondere dort, wo ökologische Belastungsgrenzen erreicht oder überschritten werden könnten.

**So kann der zunehmende Einsatz biologischer Ressourcen, etwa zur Herstellung von beispielsweise Biokunststoffen, insbesondere in wasserarmen Regionen zu zusätzlichen Herausforderungen für die Wasserbewirtschaftung führen. Die damit verbundenen wasserintensiven Produktionsprozesse könnten bestehende Nutzungskonflikte verstärken, wenn etwa industrielle Bedarfe mit der öffentlichen Wasserversorgung oder dem Schutz aquatischer Ökosysteme konkurrieren.** Die neue Strategie bietet hier die Möglichkeit, gezielt Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine ausgewogene Ressourcennutzung unterstützen und die Resilienz der Versorgungssysteme stärken.

**Ein weiterer Aspekt betrifft die steigenden Abwassermengen und organischen Rückstände, die bei biobasierten Produktionsverfahren, zum Beispiel in Bioraffinerien, anfallen.** Diese werden in vielen Fällen von kommunalen Kläranlagen aufgenommen, die jedoch nicht immer auf diese neuen Belastungen vorbereitet sind – sei es infrastrukturell oder finanziell. Besonders kleinere Anlagen stoßen hier rasch an ihre Kapazitätsgrenzen. Die strategische Weichenstellung auf europäischer Ebene kann daher wesentlich dazu beitragen, gezielte Unterstützung für die kommunale Wasserwirtschaft zu ermöglichen und innovative Lösungen zu fördern.

**Darüber hinaus bietet die Strategie auch die Chance, die ökologische Wasserqualität als verbindlichen Bestandteil einer nachhaltigen Bioökonomie zu verankern. Die bisherigen Entwürfe setzen einen zu starken Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und industrielle Innovationen, was natürlich zentrale Pfeiler einer zukunftsorientierten Ausrichtung sind. Jedoch sollte es auch zentral sein, den Schutz und die Regeneration von Gewässerökosystemen gleichwertig mitzudenken.** Es ist unumgänglich, im Sinne einer umfassenden Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Dynamik mit ökologischer Verantwortung in Einklang zu bringen.

### Kreislaufwirtschaft

Im Zusammenhang mit der neuen Bioökonomiestrategie ergeben sich auch wichtige Fragen hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung regionaler und gemeinwohlorientierter Stoffkreisläufe. **Die Strategie hat das Potenzial, hochwertige stoffliche Nutzungen gezielt zu fördern. Ein Schritt, der sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile verspricht. Aus Perspektive der Daseinsvorsorge ist es dabei jedoch besonders wichtig, dass etablierte**

**lokale Nutzungsformen, wie etwa die Kompostierung organischer Abfälle für die regionale Landwirtschaft, in diesem Transformationsprozess angemessen berücksichtigt werden.**

Die Erfahrung vieler Kommunen zeigt, dass solche regional verankerten Lösungen nicht nur ökologisch wirksam, sondern auch wirtschaftlich tragfähig und gesellschaftlich akzeptiert sind.

**Eine gezielte Gestaltung der Strategie kann darüber hinaus dazu beitragen, die Rolle öffentlicher Entsorgungsunternehmen bei der Steuerung stofflicher Kreisläufe zu sichern.**

Diese Akteure leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Rückführung wertvoller Stoffe in regionale Wertschöpfungsketten. Umso wichtiger ist es, dass sie auch künftig verlässlich Einfluss auf Mengen, Qualität und Verbleib der eingesammelten Bioabfälle nehmen können. Es ist wesentlich, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sowohl industrielle Nutzungspfade als auch kommunale Strukturen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Auch die Vielfalt lokaler und dezentraler Kreislaufmodelle verdient besondere Beachtung. Die bisherige Praxis zeigt, dass gerade kleinere, praxisnahe Lösungen zur regionalen Resilienz, Bürgerbeteiligung und ökologischen Nachhaltigkeit beitragen. Dies sind Prinzipien, die auch im Zentrum einer zukunftsfähigen Bioökonomie stehen. Es wäre daher hilfreich, wenn diese Ansätze gezielt unterstützt und durch geeignete strategische Impulse auf EU-Ebene gestärkt würden. Es soll ein Gleichgewicht zwischen Innovation, Skalierbarkeit und regionaler Vielfalt ermöglicht werden.

## Energiepolitik

Im Bereich der Energieversorgung ergeben sich im Kontext der neuen Bioökonomiestrategie wichtige Fragen hinsichtlich der künftigen Verfügbarkeit und Verteilung von Biomasserohstoffen.

**Die angestrebte Priorisierung hochwertiger stofflicher Anwendungen, wie etwa in der chemischen Industrie, ist grundsätzlich nachvollziehbar und bietet wertvolle Impulse für eine ressourcenschonende Wirtschaft. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, dass bei der strategischen Ausgestaltung auch die Bedarfe öffentlicher Bioenergieprojekte, wie etwa kommunaler Biogasanlagen, mitgedacht werden.**

Diese Anlagen leisten vielerorts einen zentralen Beitrag zur dezentralen, klimafreundlichen Energieversorgung, auch insbesondere im ländlichen Raum. Es liegt daher nahe, dass die Strategie Möglichkeiten schafft, stoffliche und energetische Nutzungen im Sinne des Kaskadenprinzips sinnvoll aufeinander abzustimmen, sodass keine unnötigen Zielkonflikte zwischen Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit entstehen.

**Auch die zunehmende internationale Handelbarkeit von Biomasse-Rohstoffen bietet Chancen für den europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig stellen sich hier Fragen der Versorgungssicherheit und Preisstabilität auf regionaler Ebene.** Es wäre daher hilfreich, wenn die Strategie gezielte Instrumente vorsieht, um den Zugang zu lokal verfügbaren Ressourcen auch künftig zu sichern. Insbesondere für öffentliche Energieversorger, die in besonderem Maße auf Verlässlichkeit und Planbarkeit angewiesen sind.

Die Bedeutung einer resilienten, gemeinwohlorientierten Energieinfrastruktur muss erkannt werden damit entsprechende Leitlinien und Förderansätze dazu beitragen können, regionale Energieprojekte im Rahmen der Bioökonomie weiterhin zu ermöglichen und zu stärken.

## Auswirkungen auf Förderprogramme

Mit der geplanten Bioökonomiestrategie verbindet sich das klare Ziel, Innovationskraft zu stärken, Investitionen zu mobilisieren und den europäischen Binnenmarkt zukunftsfähig zu gestalten. Diese Zielsetzung ist aus Sicht der kommunalen und öffentlichen Wirtschaft nachvollziehbar und begrüßenswert. Gleichzeitig bietet sich die Chance, in der konkreten Ausgestaltung auch die Rahmenbedingungen für kommunale und gemeinwohlorientierte Projekte gezielt mitzudenken.

**Gerade im Bereich der Daseinsvorsorge, etwa bei der Elektrifizierung des öffentlichen Verkehrs, der energetischen Nutzung organischer Reststoffe oder der regionalen Kreislaufwirtschaft, werden zahlreiche Beiträge zur Transformation geleistet. Um diese auch künftig verlässlich planen und umsetzen zu können, erscheint es sinnvoll, Förderstrukturen so weiterzuentwickeln, dass sie sowohl große industrielle Vorhaben als auch kleinere, dezentrale Projekte in Städten und Regionen adressieren.**

Die Strategie kann zudem einen wertvollen Beitrag leisten, um das bestehende Ungleichgewicht beim Zugang zu finanziellen Mitteln zu verringern. **Investitionen konzentrieren sich derzeit stark auf private Großakteure (was innovationspolitisch nachvollziehbar ist), doch ergänzend braucht es auch gezielte Impulse für öffentlich getragene Initiativen. Gerade in kleineren Gemeinden und regionalen Strukturen fehlen oft die Voraussetzungen, um am europäischen Kapitalmarkt zu partizipieren.** Hier sollten klare Leitlinien, angepasste Förderschienen und einen ausgewogenen Finanzierungsrahmen dazu beitragen, das Potenzial der öffentlichen Unternehmen für die ökologische und soziale Transformation noch besser zu nutzen.

Die Strategie hat damit die Möglichkeit, nicht nur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Transformation aktiv zu stärken. Auch ein Ziel, das mit Blick auf Resilienz und Akzeptanz zunehmend an Bedeutung gewinnt.

## Schlussbemerkung

Die allgemeinen und sektorspezifischen Maßnahmen, die in diesem Positionspapier vorgestellt werden, sollen dazu beitragen, die EU-Bioökonomiestrategie so weiterzuentwickeln, dass sie ökonomische Innovationskraft mit ökologischer Tragfähigkeit und sozialer Ausgewogenheit verbindet.

Die Strategie bietet eine besondere Gelegenheit, den Wandel hin zu einer kreislauforientierten, ressourcenschonenden und wettbewerbsfähigen Bioökonomie zu gestalten. Zielgerichtete Investitionen in nachhaltige Technologien, eine kohärente Verknüpfung mit bestehenden Rechtsakten sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sind dabei von zentraler Bedeutung.

Nur wenn ökologische Transformation, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung als gleichwertige Ziele verfolgt werden, kann die EU ihre Vorreiterrolle für eine nachhaltige Entwicklung im internationalen Kontext weiter stärken. Eine Bioökonomiestrategie, die Innovation mit Gemeinwohlorientierung und regionaler Resilienz verbindet, stärkt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit Europas, sondern auch die Stabilität und Zukunftsfähigkeit seiner Regionen.